



Europäisch denken. Regional handeln.

Programm der OÖVP
zur Europawahl | 9.6.2024

IMPRESSUM

Serviceinfo 15/2024; Österreichische Post AG, SM 02Z033367 S; MHV: ÖVP Oberösterreich, Obere Donaulände 7, 4020 Linz
Verlagsort: 4020 Linz, Herstellungsort: 4020 Linz, Hersteller: OÖVP Druckservice, Redaktion: OÖVP, Obere Donaulände 7, 4020 Linz,
Fotos: © stock.adobe.com; Hinweis nach § 25 [1] MedienG: Sonstige Angaben nach § 25 [2-4] MedienG sind unter der Web-Adresse
<http://ooevp.at/impressum> auffindbar.

**Liebe Oberösterreicherinnen,
liebe Oberösterreicher!**

Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte und das größte Friedensprojekt. Die EU bedeutet für uns Wohlstand und Wachstum. Weil wir ein starkes Oberösterreich in einem verlässlichen Europa haben wollen, muss sich die Europäische Union weiterentwickeln. Wir wollen ein Europa, aber besser.

Wirtschaftsstandort Europa sichern

Europa ist gefordert, sich als Wirtschaftsstandort neu auszurichten, um auf Augenhöhe mit den Weltmärkten zu konkurrieren. Es geht um nicht weniger als um die Sicherung unseres Standortes und um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Oberste Prämisse für Oberösterreich ist daher: International denken, aber regional handeln.

Mehr Oberösterreich in Europa kann der EU nur guttun.

Als Oberösterreichische Volkspartei sind wir die starke Stimme für eine EU mit mehr Hausverstand. Das bedeutet für uns: gemeinsame Lösungen für große Fragen statt Überregulierung des Klein-Kleins. Bei der Europawahl am 9. Juni geht es für unser Land darum, weiterhin eine starke Vertretung für Oberösterreichs Interessen in Europa zu haben.



Thomas Stelzer
Landeshauptmann



Angelika Winzig
Europaabgeordnete
ÖVP-Delegationsleiterin



Florian Hiegelsberger
Landesgeschäftsführer

Unser Plan für ein starkes Oberösterreich in einem verlässlichen Europa.

Friedensprojekt Europa

6

Ein Europa, in dem die Gesellschaft zusammenhält

EU mit Hausverstand

7 – 8

Mehr Hausverstand – weniger Bürokratie
Effektive Deregulierung durch Sunset-Legislation
EU darf keine Schuldenunion werden
Sorgsames und effizientes Haushalten
Wahlfreiheit erhalten: klares Bekenntnis zum Bargeld
Subsidiarität als zentraler Schlüssel
Neue Quotenregelung gegen Zahnärztemangel
Medikamenten-Engpässe verhindern
Roaming-Gebiet erweitern

Wirtschaftsstandort sichern

9 – 10

Qualifizierte Arbeitskräfte statt illegaler Migration
Digitale Transformation für ein wettbewerbsfähiges Europa
Förderschub für Kreislaufwirtschaft
Eigenständigkeit stärken: Rückholung systemrelevanter Produktion
Unterstützung für Klein- und Mittelunternehmen
Online-Giganten gerecht besteuern
Schutz der technologischen und wirtschaftlichen Souveränität Europas
Technologieoffenheit: Automotive-Standort OÖ darf nicht gefährdet werden
Vorrang für heimische Betriebe

Sicherheit und Asyl

11

Starke Außengrenzen für ein funktionierendes Asylsystem
Kampf gegen illegales Schlepperwesen
Schutz vor illegalen Drogen
Cyberkriminalität den Kampf ansagen
Österreichische Neutralität beibehalten – gemeinsame Verteidigung stärken
Politischem Islam muss der Nährboden entzogen werden

Energieunabhängigkeit stärken

12

Industriestrompreis darf nicht zur Standortfalle werden
Starke und klimafitte Stromnetze für Europa
Faire Strompreisbildung: Merit-Order-System überarbeiten
Gas als Brückentechnologie sichern
Zukunft Wasserstoff ermöglichen

Fair-Play für unsere Landwirtschaft

13

Keine Kürzungen von Mitteln für die ländliche Entwicklung
Die Zukunft der Landwirtschaft sichern
Faire Bedingungen in der Landwirtschaft
Keine Umverteilung von Agrargeldern in andere Politikbereiche
Änderung Schutzstatus Wolf
Innovationen in der Landwirtschaft ermöglichen

Klimaschutz durch Innovationen statt Verbote

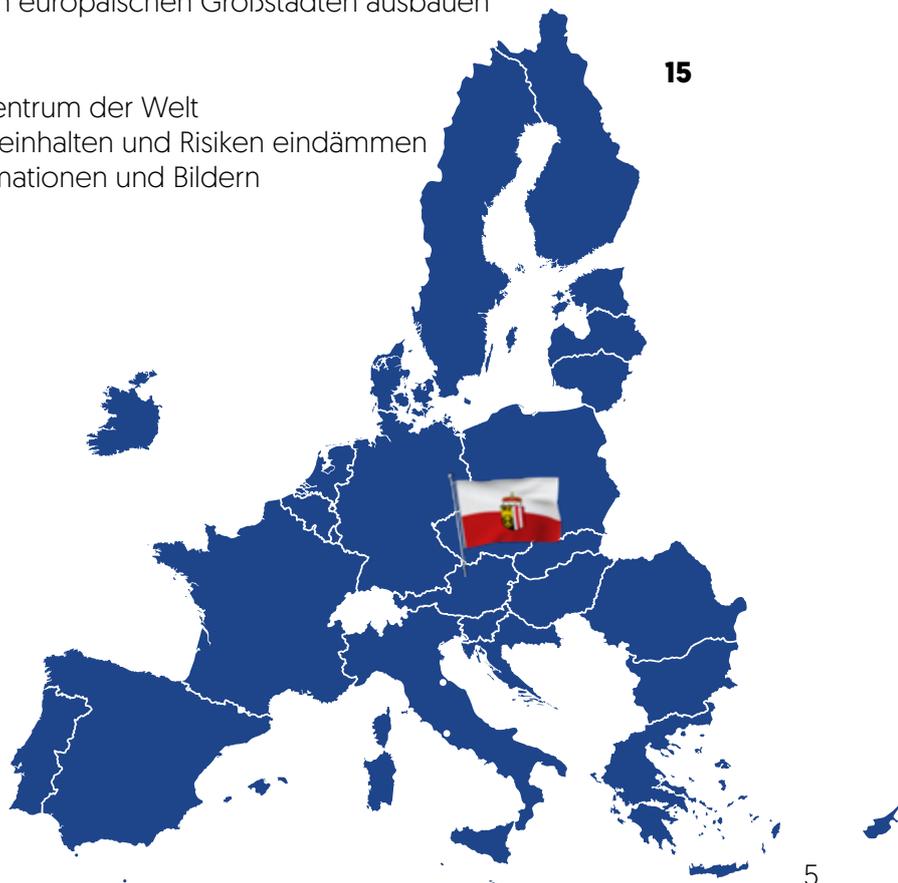
14

Klimawende mit Hausverstand erreichen – Innovationen statt Verbote
Kein Atommüll-Endlager an der Grenze zu OÖ
Länderübergreifendes Bahnnetz zwischen europäischen Großstädten ausbauen

Forschung und Innovation stärken

15

Europa als Innovations- und Forschungszentrum der Welt
KI ermöglichen – aber ethische Grenzen einhalten und Risiken eindämmen
KI-Kennzeichnungspflicht auf Texten, Animationen und Bildern
Erasmus-Programme stärken



Friedensprojekt Europa



Ein Europa, in dem die Gesellschaft zusammenhält

Die Europäische Union ist das größte Friedensprojekt unserer Zeit. Doch Frieden, Freiheit und Wohlstand sind nicht gottgegeben. Damit der Frieden in der EU auch nachhaltig gesichert bleibt, müssen wir gemeinsam Tag für Tag dafür arbeiten und das Miteinander in den Vordergrund stellen. Wir stehen für eine Politik, die auf Ausgleich und Zusammenhalt setzt, fernab von extremistischen Ideologien. Europa muss daher konsequent extremistischen Strömungen entgegentreten – denn diese gefährden unsere Sicherheit und unser Zusammenleben.

Wir stehen für eine Politik, die auf Ausgleich und Zusammenhalt setzt, fernab von extremistischen Ideologien.



Für ein stabiles und ausgleichendes Europa

Die EU liegt im Zentrum zwischen polarisierenden Kräften: den USA als wirtschaftliche Weltmacht und Russland, das die Welt durch militärische Machtkämpfe und Angriffe neu zu ordnen versucht. Wir wollen eine EU, die sich dieser Rolle als stabiles Zentrum bewusst wird und als ausgleichender Vermittler fungiert. Toleranz, Solidarität und friedliches Zusammenleben machen unser Europa aus und diese Werte sollen

immer Leitgedanke europäischen Handelns sein. Gleichzeitig muss die EU aber dann scharf auftreten, wenn rote Linien überschritten und andere Staaten in ihrer Sicherheit bedroht werden.

Hass im Netz unterbinden

Wir wollen Hass im Netz einen Riegel vorschieben, denn die Äußerung von Hass ist ein Angriff auf die Menschenwürde und gefährdet das gesellschaftliche Zusammenleben. Soziale Medien verstärken durch vermeintliche Anonymität die Verbreitung von Hate-Speech. Mit dem Digital Services Act [DSA] wurde bereits der richtige Weg eingeschlagen und ein bedeutender Schritt in Richtung eines faireren Umgangs im Netz gesetzt. Die EU ist aber weiterhin gefordert, soziale Netzwerke noch stärker in Verantwortung zu nehmen, um die Verbreitung von Hass im Netz zu unterbinden.

Kein Raum für Fake-News und Desinformation

Durch das Internet fließt ein überwältigender Strom an Informationen und Bildern. Dank des technologischen Fortschritts war es noch nie so einfach, Texte und Bilder zu kreieren und zu verbreiten. Doch das gezielte Posten von Falschmeldungen ist kein Kavaliersdelikt. Die EU ist gefordert, härter gegen die Verbreitung von Fake-News vorzugehen.

EU mit Hausverstand



Mehr Hausverstand – weniger Bürokratie

Wir werden auch künftig für Oberösterreich darauf achten, dass in der EU der Hausverstand und nicht die Bürokratie regiert. Hausverstand bedeutet, mit einfachen Regeln, die wir für das Zusammenleben benötigen, viel zu erreichen. Unser Grundsatz lautet, dass die EU die großen Fragen im Blick haben muss, anstatt jedes Detail zu regulieren. Wir wollen eine Reduktion von Meldepflichten und bürokratischem Aufwand. Es braucht weniger Regeln und mehr Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger. Ziele sind ein Bürokratieabbau-Programm in allen Bereichen, eine Verschlinkung der Verwaltung, weniger Restriktionen und mehr Wettbewerb.

Effektive Deregulierung durch Sunset-Legislation

Als wirksames Instrument zur Deregulierung fordern wir nach oberösterreichischem Vorbild eine „Sunset-Legislation“ bei EU-Gesetzen. Konkret sollen neue EU-Gesetze jeweils nach spätestens zehn Jahren auf ihre Sinnhaftigkeit und ihr Deregulierungspotenzial überprüft werden. Wenn keine Gründe mehr dafür vorliegen, die Regelung beizubehalten, soll sie automatisch außer Kraft treten. Neue Maßnahmen müssen dem festgelegten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Treffsicherheit entsprechen. Damit soll der Druck erhöht werden, EU-Gesetze ständig zu hinterfragen und aktuell zu halten. Gleichzeitig soll damit verhindert werden, dass sich immer mehr Gesetze ansammeln, die teils nicht mehr zeitgemäß sind.

EU darf keine Schuldenunion werden

Geraten die Staatsschulden außer Kontrolle, gerät

die Stabilität des Euroraums in Gefahr. Die gestiegenen Staatsschulden in Europa sind daher sehr besorgniserregend. Auch wenn die letzte Zeit alle Länder in Europa herausgefordert hat, müssen die kommenden Generationen im Blick behalten werden. Die neuen Schuldenregeln in Europa sind dahingehend ein wichtiger Schritt. Im Sinne der Budgetdisziplin soll die EU weiterhin mit dem auskommen, was sie hat, und keine Schulden machen dürfen.

Sorgsames und effizientes Haushalten

Um sorgsames Haushalten zu gewährleisten, braucht es eine Überprüfung aller bestehenden EU-Programme hinsichtlich Effizienz und ihre Effektivität. Außerdem müssen im EU-Haushalt Einsparpotenziale definiert werden, statt immer neues Geld zu fordern. Zudem muss jeder Cent an ausgegebenem Steuergeld vor Betrug geschützt werden.

Wahlfreiheit erhalten: klares Bekenntnis zum Bargeld

Wir treten für die unbedingte Beibehaltung von Bargeld ein. Bei der Wahl der Zahlungsart soll, wo immer es möglich ist, Wahlfreiheit gelten. Jede Person soll immer selbst entscheiden, wie sie bezahlen möchte. Eine Abschaffung des Bargelds auf europäischer Ebene kommt für uns daher nicht in Frage.

Subsidiarität als zentraler Schlüssel

In der EU gilt das Subsidiaritätsprinzip: Alle Aufgaben sollen von der kleinstmöglichen Einheit erfüllt werden. Das bedeutet im Umkehrschluss eine echte Fokussierung der Union auf jene großen Aufgaben,

die auf europäischer Ebene besser erledigt werden können als auf nationaler oder lokaler Ebene.

Neue Quotenregelung gegen Zahnärztemangel

Die Gesundheit ist unser höchstes Gut. Eine flächendeckende ärztliche Versorgung hat daher oberste Priorität, um unsere Lebensqualität und unseren Wohlstand zu sichern. Österreich droht eine prekäre Mangelversorgung an Zahnärzten. Derzeit sind etwa 10 Prozent aller Kassenstellen unbesetzt und innerhalb von zehn Jahren erreicht rund die Hälfte aller österreichischen Zahnärzte das Pensionsantrittsalter. Es braucht daher die Wiedereinführung einer Quotenregelung: 75 Prozent der Studienplätze müssen wieder für österreichische Studierende reserviert werden. Damit einhergehend müssen Kassenstellen attraktiver gestaltet werden.

Medikamenten-Engpässe verhindern

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig Vorräte für eine ausreichende Versorgung mit Medikamenten

sind. Damit Engpässe möglichst vermieden werden, muss die EU bei der Versorgung mit Medikamenten unabhängiger werden. Es braucht daher Initiativen zur Rückholung der Medikamentenproduktion und Stärkung dieser Industrien in Europa. Nur so kann die Versorgungssicherheit garantiert werden und das gut funktionierende Gesundheitssystem erhalten bleiben.

Roaming-Gebiet erweitern

Die Abschaffung der Roaming-Gebühren ist eine der größten Erfolgsgeschichten Oberösterreichs in der EU und verdeutlicht unseren Profit vom Binnenmarkt. Jedoch sind die Gebühren in Drittstaaten noch sehr hoch – auch innerhalb Europas: Die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die Westbalkan-Staaten sind noch nicht Teil der EU-Roaming-Zone. Wir fordern daher, die EU-Roaming-Zone auszuweiten und weitere Verträge mit Drittstaaten abzuschließen. Damit wollen wir die Nutzung des Mobiltelefons zu Inlandspreisen auch in Ländern außerhalb der EU und des EWR ermöglichen.

Wirtschaftsstandort sichern



Qualifizierte Arbeitskräfte statt illegaler Migration

Wir wollen mehr qualifizierte Arbeitskräfte und keine illegale Migration. Nach wie vor gibt es am europäischen Arbeitsmarkt mehr offene Stellen als Arbeitssuchende. Wir fordern die EU daher auf, internationale Abkommen und Programme zur Gewinnung von Fachkräften zu forcieren und den von der EU geplanten Talentepool als One-Stop-Shop zwischen Arbeitgebern, Arbeitssuchenden und öffentlichen Akteuren rasch einzuführen. Es braucht Kooperationen und Vereinbarungen mit Drittstaaten, um die Zuzugsbedingungen für Fachkräfte zu verbessern. Verfahren müssen vereinfacht, digitalisiert und beschleunigt werden. Gemeinsame Ausbildungszentren in Drittstaaten können ein Ansatz sein, um qualifizierte Mitarbeiter vor Ort nach europäischen Standards auszubilden und für die EU anzuwerben.

*Wir wollen mehr qualifizierte
Arbeitskräfte und keine
illegale Migration.*



Digitale Transformation für ein wettbewerbsfähiges Europa

Wir wollen ein vernetztes Europa, das durch Digitalisierung neue Möglichkeiten und Chancen schafft. Dafür braucht es einen flächendeckenden Zugang zu 5G, 6G und Glasfaserinfrastruktur in allen Regionen der EU. Nur so wird die Europäische Union als Heimatort und Arbeitgeber attraktiver für die Jugend und wettbewerbsfähiger in der Forschung sowie am Arbeits- und Wirtschaftsmarkt. Es braucht eine leistungsfähige und krisensichere digitale Infrastruktur, die mit technologischen

Standards weltweit auf Augenhöhe konkurrieren kann. Dafür sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, aber keine freiheitsbeschränkende Überregulierung. Wir wollen keine gläsernen Menschen, aber das Internet zu einem sicheren und transparenten Markt-, Arbeitsplatz und Lebensraum transformieren.

Förderschub für Kreislaufwirtschaft

Wir wollen Oberösterreich zur Modellregion für umwelt- und klimafreundliche Kreislaufwirtschaft in Europa entwickeln. Steigende Vorgaben, Ressourcenknappheit und schwankende Rohstoffpreise zwingen Unternehmen, neue Wege einzuschlagen. Wir fordern die EU gemäß ihrem Aktionsplan auf, die Weichen neu zu stellen: Kreislaufwirtschaft kann nur durch ein leistungsfähiges Recycling-Modell zur Weiterverwendung von Rohstoffen gelingen. Hier muss es auf EU-Ebene zu einer strategischen Kehrtwende kommen, weg von utopischen Umweltauflagen. Um im gesamten Rohstoffbereich nicht länger die gleiche Abhängigkeitsfalle anzusteuern, müssen Vorleistungen und Vorprodukte möglichst in Europa hergestellt werden.

Eigenständigkeit stärken: Rückholung systemrelevanter Produktion

Europa muss bei systemrelevanten Produkten und Rohstoffen eigenständiger und unabhängiger werden. Vorleistungen und Vorprodukte systemrelevanter Branchen müssen, wo es sinnvoll und möglich ist, in Europa hergestellt werden. Durch Partnerschaften mit Drittländern und Investitionen in strategischen Sektoren sollen Lieferketten widerstandsfähiger werden. Genauso braucht es eine Ausweitung und Sicherstellung der Bezugs-

quellen durch Handelsabkommen. Durch den Aufbau der Industrie in kritischen Bereichen und den Ausbau der Zusammenarbeit soll die Abhängigkeit von Drittstaaten und insbesondere von Asien gesenkt werden. Unser Ziel ist klar: mehr Eigenständigkeit und weniger Abhängigkeit.



Europa muss eigenständiger und unabhängiger werden.

Unterstützung für Klein- und Mittelunternehmen

Klein- und Mittelunternehmen sind das Rückgrat unserer oberösterreichischen Wirtschaft. Wir treten dafür ein, dass die Regelungen und Vorschriften der EU auch für unsere KMUs umsetzbar sind. Dafür braucht es verständliche Erklärungen zu internationalen Abkommen, einen vereinfachten Zugang zur Investitionstreitbeilegung sowie KMU-freundliche Handelsmaßnahmen und -abkommen.

Online-Giganten gerecht besteuern

Große globale Player im Internet-Geschäft erzielen Umsätze in Milliardenhöhe, leisten aber deutlich weniger Steuern. Diese Steuerungerechtigkeiten zwischen heimischen Unternehmen und Online-Riesen muss die EU durch einheitliche und faire Besteuerung beseitigen. Österreich hat mit der Einführung der Digitalsteuer einen ersten wichtigen Schritt gesetzt. Die EU und die EU-Mitgliedstaaten sind gefordert, Modelle für eine faire Besteuerung der Online-Giganten zu schaffen.

Schutz der technologischen und wirtschaftlichen Souveränität Europas

Übersee-Polizeistationen, TikTok-Datensammlung, Beteiligungen an Technologie-Unternehmen – manche Staaten verschaffen sich einen immer größeren Einfluss im Westen. Die EU ist daher

gefordert, ihre Mitgliedstaaten zu schützen und so die technologische und wirtschaftliche Souveränität zu erhalten. Es braucht wirksame Schutzmaßnahmen, die die Weitergabe von persönlichen Daten aus sozialen Medien unterbinden.

Technologieoffenheit: Automotive-Standort OÖ darf nicht gefährdet werden

Oberösterreichs Unternehmen sind federführend an der Entwicklung und Produktion von Antriebsformen aller Art beteiligt. Doch überhastete Verbote sind weder umsetzbar, noch helfen sie dem Klima. Klimaschutz gelingt nur durch technologischen Fortschritt und mit Technik anstatt durch übereilige Verbote. Es braucht eine technologieoffene Herangehensweise, bei der Wissenschaft und Forschung verstärkt gefördert werden. Das für 2035 beschlossene Verbrennerverbot war ein Fehler, gefährdet den Wirtschaftsstandort Europa und wird schlicht nicht umsetzbar sein. Vielmehr sollte für jeden Anwendungsbereich die Antriebsform gewählt werden können, die möglichst umweltschonend, aber auch am besten geeignet ist. Das Verbrennerverbot muss daher bei der 2026 geplanten Revision rückgängig gemacht werden.

Vorrang für heimische Betriebe

Um unseren Wirtschaftsstandort zu stärken, müssen unsere regionalen Betriebe bei öffentlichen Aufträgen stärker berücksichtigt werden können. In Oberösterreich haben wir dafür mit einem neuen Beschaffungsleitfaden den rechtlichen Spielraum soweit es geht ausgenützt. Es braucht aber auf europäischer Ebene mehr rechtliche Möglichkeiten und eine stärkere Verankerung regionalwirtschaftlicher Bedeutung, um praxisgerechte Lösungen zu ermöglichen. Damit sollen heimische Betriebe bessere Chancen erhalten, öffentliche Aufträge zu bekommen.

Sicherheit und Asyl



Starke Außengrenzen für ein funktionierendes Asylsystem

Nur sichere Außengrenzen garantieren ein funktionierendes Asylsystem, Ordnung und Sicherheit. Dafür müssen Flüchtlinge direkt an den EU-Außengrenzen registriert werden. Schließlich braucht es auch seitens der EU eine enge Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten und Rückführungsabkommen mit sicheren Drittstaaten. Der gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspakt muss rasch umgesetzt werden.

Nur wenn die EU den Schutz der europäischen Außengrenzen sicherstellt, können Ordnung und Sicherheit in unserem Land garantiert werden.



Kampf gegen illegales Schlepperwesen

Es ist unsere humanitäre Pflicht, zu verhindern, dass sich Menschen in die Hände von Schleppern begeben und oft todbringende Wege auf sich nehmen. Wir fordern Unterstützungsabkommen mit den Staaten in Nordafrika, um das Ablegen von Schlepperbooten zu verhindern. Die EU-Behörden sind am Zug, die Strukturen des Schlepperwesens zu ermitteln und die Finanzströme aufzudecken, um so die organisierte Schlepperkriminalität nachhaltig zu bekämpfen.

Schutz vor illegalen Drogen

In mehreren Ländern gibt es derzeit Bestrebungen zur Freigabe von Drogen. Wir lehnen jegliches Aufweichen internationaler Anti-Drogen-Abkommen ab. Es braucht eine schnelle und konsequente Umsetzung der EU-Drogenstrategie. Ein effektiver Schutz gegen illegale Drogen kann nur durch die Verringerung von Angebot und Nachfrage garantiert werden.

Cyberkriminalität den Kampf ansagen

Cyberkriminalität wird zu einem immer größeren Problem für öffentliche Einrichtungen, Unternehmen und Privatpersonen. Die Entwicklungen im KI-Bereich und die jüngsten Krisenherde erhöhen die Gefahr zusätzlich. Europa muss sich auch im Internet verteidigen können. Das beginnt schon bei der Beschaffung technischer Einrichtungen und erfordert auch die Rückverlagerung systemrelevanter Produktion nach Europa. Der Forschungsbereich Cybersicherheit muss weiter gestärkt und europäisch vernetzt werden. In Oberösterreich wollen wir den Fachhochschul-Standort Hagenberg zu einem internationalen Zentrum für Cybersicherheit weiter ausbauen.

Österreichische Neutralität beibehalten – gemeinsame Verteidigung stärken

Als OÖVP stehen wir unmissverständlich zur militärischen Neutralität. Dazu gehört auch, sich selbst umfassend verteidigen zu können – und wo nötig, wie beim „Sky Shield“ - Raketenschirm mit Partnern in der Verteidigung zusammenzuarbeiten. Nur wenn wir eng mit EU-Mitgliedstaaten in der gemeinsamen Verteidigung kooperieren, können wir uns wirksam vor Bedrohungen wie Raketen- oder Drohnenangriffen schützen.

Politischem Islam muss der Nährboden entzogen werden

Radikaler Islamismus macht an den Grenzen der EU nicht halt. Der politische Islam ist eine Bedrohung für die europäische Sicherheit. Er verfolgt die Radikalisierung und Spaltung der Gesellschaft. Es braucht einen gemeinsamen Schulterschluss aller EU-Mitgliedstaaten, um jede Ausformung des politischen Islams im Keim zu ersticken.

Energieunabhängigkeit stärken



Industriestrompreis darf nicht zur Standortfalle werden

Die hohen Energiepreise in Europa setzen unsere heimische Industrie unter Druck. Eine Studie vom Oktober 2023 beziffert bei Strom den Kilowattstundenpreis in der EU mit 20 Cent, in den USA und in China aber je mit nur 8 Cent. Um die Betriebe und Arbeitsplätze im Land zu halten, müssen sie wettbewerbsfähig bleiben können. Es braucht daher Maßnahmen, um einen wettbewerbsfähigen europäischen Industriestrompreis langfristig sicherzustellen. Nur so kann die produzierende Industrie in Europa gesichert und Energiepreis-Nachteilen gegengesteuert werden.

Starke und klimafitte Stromnetze für Europa

Die europäischen Stromnetze gehören zu den resilientesten weltweit. Bis 2030 wird der Stromverbrauch durch die Energiewende in der EU um rund 60 Prozent steigen. Was es braucht, ist eine Sicherstellung der notwendigen Infrastruktur, um Blackouts zu vermeiden und leistbare Energie für Europa zu gewährleisten. Veraltete Verteilungsnetze müssen daher rasch zukunftsfit gemacht werden, damit die großflächige Integration von Ökostrom in das europäische Stromnetz gelingt und die Energiewende weiter vorangetrieben werden kann.

Faire Strompreisbildung: Merit-Order-System überarbeiten

Der Strompreis in der EU wird aufgrund des Merit-Order-Prinzips stark von den Kosten der fossilen Brennstoffe beeinflusst. Es braucht daher eine rasche Reform des Strommarkts, damit langfristig

Energiepreiskrisen wie jene im Jahr 2022 vermieden werden können. Bedeutend ist auch eine Entkoppelung der Strom- und Gaspreise, ohne dabei die Versorgungssicherheit zu gefährden. Erneuerbare Energien müssen verstärkt in das Netz integriert werden.

Wir müssen Blackouts vermeiden, leistbare Energie gewährleisten und die Versorgungssicherheit garantieren.



Gas als Brückentechnologie sichern

Trotz des fortschreitenden Einsatzes erneuerbarer Energien wird Gas noch mehrere Jahre fixer Bestandteil der Stromerzeugung sein. Damit die EU den Ausbau der Unabhängigkeit von Russland als größten Gaslieferer forcieren kann, muss das Gasnetz entsprechend ausgebaut werden. Auf Sicht können die dadurch geschaffenen Kapazitäten für ein Wasserstoffnetz genutzt werden.

Zukunft Wasserstoff ermöglichen

An Wasserstoff führt bei der Erreichung der Klimaziele kein Weg vorbei. Ziel der EU muss sein, eine vollständige Lieferkette für die europäische Wirtschaft sicherzustellen. Dafür braucht es eine enge Zusammenarbeit bei der Förderung von sauberem Wasserstoff mit den Nachbar- und Partnerländern. Produktion und Import von ausreichend Wasserstoff können aber nur gelingen, wenn EU-weit eine leistungsstarke Infrastruktur errichtet wird. In Österreich setzen wir eine eigene Wasserstoff-Strategie um und wollen uns als Zentrum für Wasserstoff-Forschung etablieren.

Fair Play für unsere Landwirtschaft



Keine Kürzungen von Mitteln für die ländliche Entwicklung

Der ländliche Raum braucht zeitgemäße Rahmenbedingungen, damit Menschen ihre Zukunft weiter am Land sehen können. Für starke Lebensräume braucht es lebendige, lebenswerte und wettbewerbsfähige Regionen. Die Mittel aus dem Europäischen Fonds für ländliche Entwicklung sind für den ländlichen Raum unerlässlich. Wir stellen uns klar gegen Kürzungen zu Lasten unserer Regionen und treten für Planungssicherheit ein.

Die Zukunft der Landwirtschaft sichern

In vielen Ländern Europas dominieren landwirtschaftliche Großfarmen die Lebensmittelversorgung. Oberösterreich zeichnet sich hingegen durch Familienbetriebe und eine kleinstrukturierte Landwirtschaft aus. Die Planungssicherheit für Investitionen wird für die Landwirtschaft immer schwieriger. Statt der herrschenden Verunsicherung durch immer mehr bürokratische Auflagen braucht es Sicherheit, Stabilität und Unabhängigkeit. Um die Existenz unserer Landwirtschaft zu schützen, müssen die EU-Förderprogramme weiterhin unsere landwirtschaftliche Struktur berücksichtigen, anstatt nur auf Großfarmen ausgelegt zu sein.

Faire Bedingungen in der Landwirtschaft

Um der Landwirtschaft wieder eine zukunftsfähige Perspektive bieten zu können, braucht es faire Handelsabkommen, faire Preise und gesicherte Einkommen. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss weiterhin einen verlässlichen Rahmen bilden und

inflationbereinigt in bisheriger Höhe ausgestattet sein. Wir fordern zudem einen Schutz der europäischen Standards. Die europäische Selbstversorgung darf nicht durch Billigimporte aus Ländern mit niedrigeren Standards aufs Spiel gesetzt werden.

Keine Umverteilung von Agrargeldern in andere Politikbereiche

Wir benötigen klare und transparente Richtlinien zur Verwendung von Agrargeldern, um zu gewährleisten, dass sie für die Landwirtschaft verwendet werden. Es muss seitens der Europäischen Union sichergestellt werden, dass die Agrargelder nicht zweckentfremdet oder umverteilt werden.

Änderung Schutzstatus Wolf

Der Wolf ist zurück in Europa und breitet sich immer mehr aus. Er wird immer mehr zur Sicherheitsbedrohung für die Bevölkerung und für die Nutztiere und unsere Almen. Dennoch wird er immer noch gleich streng geschützt wie vor 30 Jahren. Daher fordern wir dringend einen niedrigeren europäischen Schutzstatus und ein zeitgemäßes Wolfsmanagement.

Innovationen in der Landwirtschaft ermöglichen

Robotik, Drohnentechnologien oder künstliche Intelligenz sind auch in der Landwirtschaft nicht mehr wegzudenken. Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig, doch rechtlich gibt es noch große Unsicherheiten und Einschränkungen. Die EU ist gefordert, für Rechtssicherheit zu sorgen und damit Innovationen in der Landwirtschaft zu ermöglichen.

Klimaschutz durch Innovationen statt Verbote



Klimawende mit Hausverstand erreichen – Innovationen statt Verbote

Wir setzen uns in der Europäischen Union für Österreichs Weg des nachhaltigen Klimaschutzes mit Hausverstand ein. Diesen Weg muss auch die Europäische Union beschreiten. Das bedeutet: Klimaschutz durch Fortschritt und Innovation und nicht durch Verbote, zusätzliche Strafen oder Steuern. Unser Ziel lautet, den kommenden Generationen saubere Luft, reines Wasser und gesunde Lebensmittel zu hinterlassen.

Kein Atommüll-Endlager an der Grenze zu OÖ

Osterreichs Nachbarländer Deutschland und Tschechien sind derzeit verstärkt auf der Suche nach geeigneten Endlagerstätten für Atommüll. Ein Endlager in der Grenzregion wird im Sinne der Sicherheit der Region von Österreich nicht akzeptiert. Als Österreichische Volkspartei werden wir alle rechtlichen und diplomatischen

Möglichkeiten innerhalb der Europäischen Union voll ausschöpfen, um ein Atommüll-Endlager an der Grenze zu Österreich zu verhindern.

Länderübergreifendes Bahnnetz zwischen europäischen Großstädten ausbauen

In Österreich bauen wir den öffentlichen Verkehr konsequent aus. Zu einem attraktiven Bahnnetz gehören auch gut ausgebaute Verbindungen über die Landesgrenzen hinaus. In einem zusammenwachsenden Europa bestehen enorme Nutzenpotenziale für diese Verbindungen. Wir setzen uns für den Bau einer Hochleistungsstrecke zwischen Linz und München ein. Genau so wichtig ist der Ausbau der Summeraubahn nach Tschechien mit dem Ziel, die Strecke Linz–Prag in zwei Stunden zurückzulegen. Hier gilt es, dass die EU verstärkt Mittel zur Verfügung stellt, um leistungsstarke länderübergreifende Verbindungen auszubauen.

Forschung und Innovation stärken



Europa als Innovations- und Forschungszentrum der Welt

Damit Europa im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleibt, müssen Forschung, Innovation und Entwicklung stetig weiter vorangetrieben werden. Damit sich Europa gegenüber Asien und den USA behaupten kann, muss Europa das internationale Zentrum für technologischen Fortschritt sein. Die EU muss Rahmenbedingungen schaffen, die Fortschritt und Innovation fördern und nicht durch übertriebene Regulierung behindern.

KI ermöglichen – aber ethische Grenzen einhalten und Risiken eindämmen

Die rasenden Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz bieten große Chancen für die Wirtschaft und die Arbeitswelt. Die EU ist gefordert, neue Entwicklungen weiterhin zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen aber immer die ethischen Standards und auch die Gefahren von KI im Blick gehalten werden. Ein Schlüssel ist dabei Österreichs erstes Zertifizierungszentrum, das gerade in Oberösterreich startet.

KI-Kennzeichnungspflicht auf Texten, Animationen und Bildern

Wir fordern eine Offenlegung des Einsatzes von KI bei Texten, Animationen und Bildern, um täuschend echte KI-Kreationen von den tatsächlichen Inhalten unterscheiden zu können. Denn noch ist die Umsetzung in den USA und der EU freiwillig. Die EU ist hier am Zug, eine KI-Kennzeichnungspflicht zu veranlassen und somit die Verbreitung von Falschinformationen zu stoppen.

Erasmus-Programme stärken

Erasmus-Programme ermöglichen es Studierenden, Lehrlingen, Berufstätigen und Lehrenden, sich international auszutauschen, fortzubilden und zu vernetzen. Diese Programme gilt es weiterhin zu fördern und zu stärken. Insbesondere für Lehrlinge und Auszubildende sollen Erasmus-Programme ausgebaut werden, um die Mobilität und Chancen junger Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt zu erhöhen.

